

Kleine Anfrage Fraktion DIE LINKE

Ausbildungsbetriebe im Land Bremen

Betriebe, die ausbilden, sind die notwendige Voraussetzung dafür, die Ausbildungsplatz-Lücke im Land Bremen schließen zu können. Bundesweit ist die Zahl der Ausbildungsbetriebe seit längerem rückläufig. Betrug die Zahl der Ausbildungsbetriebe im Jahr 2000 noch mehr als 500.000, war sie im Jahr 2013 bis auf 438.000 Betriebe gesunken.

Auch in Bremen ging die Ausbildungsbetriebsquote zurück. Während im Rahmen der „Bremer Vereinbarungen“ zwar darüber berichtet wird, wie viele ausbildende Betriebe hinzukommen, wird umgekehrt nicht darüber berichtet, wie viele ausbildende Betriebe wegfallen oder ihre Ausbildungsplätze nicht besetzt haben.

Maßnahmen der Landespolitik können sich u.a. darauf richten, die Zahl der Betriebe mit Ausbildungsberechtigung zu erhöhen oder die Zahl der Ausbildungsbetriebe zu steigern. Dafür ist von Bedeutung, welche Faktoren Betriebe daran hindern, auszubilden.

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich im Land Bremen 2010-2015
 - a) die Zahl der Betriebe,
 - b) die Zahl der ausbildungsberechtigten Betriebe,
 - c) die Zahl der ausbildenden Betriebe,
 - d) die Zahl der Auszubildenden,
 - e) die Zahl der jährlich neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge,
 - f) die Zahl der nicht besetzten Ausbildungsplätze,
 - g) die Ausbildungsbetriebsquote und
 - h) die Ausbildungsquoteentwickelt?
2. Wie haben sich die Ausbildungsberechtigungsquote, die Ausbildungsbetriebsquote und die Ausbildungsquote 2010-2015
 - a) im Bundesdurchschnitt
 - b) im Durchschnitt der alten Bundesländerentwickelt?
3. Wie stellten sich im Land Bremen und bundesweit die Ausbildungsberechtigungsquote, die Ausbildungsbetriebsquote und die Ausbildungsquote nach Branchen dar?
4. Wie stellen sich im Land Bremen und bundesweit die Ausbildungsberechtigungsquote, die Ausbildungsbetriebsquote und die Ausbildungsquote nach Betriebsgrößen dar?
5. Welche Voraussetzungen müssen aktuell erfüllt sein, um als Betrieb ausbildungsberechtigt zu sein?

6. Welche Gründe sind hauptsächlich dafür maßgeblich, dass Betriebe im Land Bremen nicht ausbildungsberechtigt sind?
7. Welche Gründe werden hauptsächlich von ausbildungsberechtigten Betrieben dafür angegeben, dass sie nicht ausbilden?
8. Welche Gründe werden hauptsächlich von Ausbildungsbetrieben dafür angegeben, dass sie Ausbildungsplätze nicht besetzen?
9. Welche Programme und Initiativen des Senats und der Bremer Vereinbarungen richten sich darauf, mehr Betriebe ausbildungsberechtigt zu machen? Welche finanziellen Mittel und personellen Ressourcen sind dafür 2010-2015 jeweils eingesetzt worden? Mit welchem Ergebnis?
10. Welche Programme und Initiativen des Senats und der Bremer Vereinbarungen richten sich darauf, mehr Ausbildungsbetriebe zu schaffen? Welche finanziellen Mittel und personellen Ressourcen sind dafür 2010-2015 jeweils eingesetzt worden? Mit welchem Ergebnis?
11. Wie viele ausbildende Betriebe mit wie vielen Ausbildungsplätzen sind in den Jahren 2010-2015 im Land Bremen jeweils neu hinzugekommen?
12. Wie viele zuvor ausbildende Betriebe mit wie vielen Ausbildungsplätzen haben in den Jahren 2010-2015 jeweils
 - a) nicht mehr ausgebildet oder
 - b) keine neuen Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen?
13. Wie hat sich der jährliche Saldo der Ausbildungsbetriebe und der Ausbildungsplätze 2010-2015 demzufolge entwickelt? Werden dabei Betriebe, die Ausbildungsplätze gemeldet, aber keine Ausbildungsplätze besetzt haben, als ausbildende Betriebe oder als nicht ausbildende Betriebe geführt?
14. Wie viele der Ausbildungsbetriebe im Land Bremen sind tarifgebunden bezüglich der Ausbildungsvergütung?
15. Wie viele der nicht tarifgebundenen Betriebe im Land Bremen orientieren sich in der Ausbildungsvergütung am entsprechenden Branchentarif?
16. Wie hoch ist die durchschnittliche Ausbildungsvergütung im Land Bremen? Bitte aufgliedern nach Branchen.
17. Wie hat sich die Übernahmequote 2010-2015 im Land Bremen entwickelt, d.h. wie viele der Auszubildenden wurden im Anschluss an ihre Ausbildung von ihrem Ausbildungsbetrieb auch eingestellt? Welche Gründe werden häufig von den Betrieben für eine Nicht-Übernahme angegeben?

Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.